

Ausschuss stimmt für Festnahmestopp bei Charedim

Ein Ausschuss der Knesset hat einen Gesetzentwurf gebilligt, der Festnahmen ultraorthodoxer Männer, die sich dem Wehrdienst entziehen, für zunächst 90 Tage aussetzen soll. Der Entwurf wurde mit acht zu sieben Stimmen angenommen und geht nun in die zweite und dritte Lesung. Während dieses Zeitraums sollen gegen Jeschiwa-Studenten, die den Armeedienst verweigern, weder Festnahmen noch Ermittlungs- oder Vollstreckungsverfahren eingeleitet werden. Da die Regelung in die Zeit vor den Neuwahlen fällt, könnte sie faktisch mindestens sechs Monate gelten.

Die Rechtsberaterin des Ausschusses kritisierte den Gesetzentwurf scharf. Er schaffe eine kollektive Immunität für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, ohne Ausgleichsmassnahmen wie Rekrutierungsziele, Sanktionen oder eine Kürzung staatlicher Zuschüsse für Jeschiwot vorzusehen. Nach ihrer Einschätzung widerspricht die Regelung dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz und könnte verfassungsrechtlich problematisch sein.

Auch die Rechtsberaterin der Knesset äusserte erhebliche Bedenken gegen das Verfahren. Sie argumentierte, der Ausschuss habe einen einzelnen Punkt aus einem umfassenderen Gesetzentwurf herausgelöst und dadurch den ursprünglichen Gesetzeszweck wesentlich verändert. Ein Mitglied der Regierungspartei Likud hat aus Protest gegen diese Vorgehensweise die Partei verlassen. Dan Illouz gehört zu den Likud-Abgeordneten, die sich seit langem gegen den Gesetzentwurf und andere Regelungen für die ultraorthodoxe Gemeinschaft aussprechen. Sein Widerstand wurde innerhalb des Likud geahndet, was zu seinem Ausschluss aus dem Wirtschaftsausschuss sowie dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung der Knesset führte. Ausserdem wurde ihm für anderthalb Monate untersagt, eigene Gesetzentwürfe einzureichen.

Noch mehr umstrittene Gesetze

Gleichzeitig mit dem Festnahmestopp hat die Regierung zwei weitere umstrittene Gesetze verabschiedet, die den Wehrdienst und den Status des Tora-Studiums betreffen: Zum einen bleibt der verpflichtende Militärdienst für neu eingezogene Männer vorerst bei 32 Monaten, obwohl die Armee angesichts des Personalmangels eine Verlängerung auf 36 Monate gefordert hatte. Gleichzeitig verabschiedete die Knesset ein Grundgesetz, das das Tora-Studium als grundlegenden Wert des Staates festschreibt.



Ein Soldat auf dem Weg zum Dienst – wer in Israel Wehrpflicht leisten soll, darüber wird seit Jahren gestritten (Bild: KHC).

Frauen sollen Israels Zukunft stärker mitgestalten

In einem seltenen politischen Statement hat Israels First Lady Michal Herzog beim Jerusalem Post Women Leaders Summit 2026 dazu aufgerufen, dass Frauen ihre Stimme stärker einbringen und die Zukunft des Landes aktiv mitgestalten. Sorge bereite ihr insbesondere der rückläufige Frauenanteil in politischen und gesellschaftlichen Führungspositionen. „Wir sehen weniger Frauen in der Öffentlichkeit, vor allem an den Entscheidungstischen“, sagte sie. Gleichzeitig betonte sie, dass Frauen in vielen Bereichen – etwa in Kommunen, im Gesundheitswesen und in Notfalldiensten – ihre Führungsstärke bereits unter Beweis stellen.

Obwohl Frauen in Israel seit der Staatsgründung politisch aktiv sind und mit Golda Meir von 1969 bis 1974 sogar eine Premierministerin stellten, ist ihr Anteil in den höchsten politischen Ämtern bis heute vergleichsweise gering. In der aktuellen Knesset liegt der Frauenanteil bei rund einem Viertel der Abgeordneten. Besonders in sicherheits- und finanzpolitischen Schlüsselpositionen sowie in den engsten Entscheidungsgremien der Regierung sind Frauen unterrepräsentiert. Politikerinnen und

Frauenrechtsorganisationen fordern deshalb seit Jahren mehr weibliche Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen.

Die First Lady Michal Herzog sprach auch über ihr Engagement, auf sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten aufmerksam zu machen. Sie betonte, dabei nicht nur für israelische Frauen zu sprechen, sondern für Frauen weltweit.



Michal Herzog: Anwältin und seit 2021 First Lady Israels (Bild: Igal Slavin).

Starker Schekel verändert Israels Immobilienmarkt

Die Aufwertung des israelischen Schekels verändert den Immobilienmarkt im Land spürbar. Während ein starker Wechselkurs die Inflation dämpft, verlieren ausländische Käufer an Kaufkraft. Vor allem Interessenten aus den USA, die traditionell einen wichtigen Teil des Marktes in Städten wie Jerusalem und Tel Aviv ausmachen, können sich für denselben Dollarbetrag heute deutlich weniger Wohnraum leisten.

Immobilienmakler beobachten, dass sich die Nachfrage aus dem Ausland dadurch abschwächt. „Die Spielregeln haben sich geändert“, beschreibt ein Makler die Entwicklung. Gleichzeitig hoffen Branchenvertreter, dass sinkende Zinsen und eine Stabilisierung der Sicherheitslage den israelischen Immobilienmarkt wieder beleben könnten.

Schätzungen gehen davon aus, dass landesweit rund 5 Prozent des israelischen Wohnungsbestands Ausländern bzw. nicht in Israel ansässigen Eigentümern gehören. In Jerusalem aber liegt die Zahl vor allem in zentralen und wohlhabenden Vierteln deutlich höher: In der Hauptstadt gehören 20 bis 30 Prozent der Wohnungen ausländischen Eigentümern. Viele dieser Wohnungen stehen einen Grossteil des Jahres leer, vor allem in den letzten drei Kriegsjahren.



Alt und neu in Tel Aviv – in den hochwertigen Apartmenthäusern gibt es einige nicht-israelische Eigentümer (Bild: KHC).

Ihre Ansprechpartner

Redaktion: Katharina Höftmann; E-Mail: hoeftmann.k@gmail.com

Projektverantwortlicher für den GIS-Vorstand: Jacques Korolnyk; E-Mail: jacques.korolnyk@israel-schweiz.org.il

Spenden ermöglichen die wöchentliche Publikation der ZWISCHENZEILEN. Wir hoffen, auch Sie bald zu unseren Gönnern zählen zu dürfen. Hier die Kontoangaben in der Schweiz:

IBAN: CH02 0900 0000 1660 2152 7 - Kontoinhaber: Verein-AMUTA*, CH-8702 Zollikon
Bank: PostFinance AG, Funkenstrasse 10, CH-4800 Zofingen - SWIFT/BIC: POFICHBEXXX

*Überweisung zu lokalen Bedingungen